



BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Abbiegeassistenten für alle städtischen LKWs und Busse
-Antrag der BGI-Stadtratsfraktion vom 13.07.2018-

Beratungsabfolge

Sitzung	Datum	Beschlussqualität
Stadtrat	26.07.2018	Entscheidung

Die BGI-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Alle städtischen LKWs und Busse werden schnellstmöglich –spätestens bis 31.12.2018- mit einem elektronischen Abbiegeassistenten ausgestattet.

Begründung:

Jährlich sterben in Deutschland 30 bis 40 Menschen durch abbiegende Laster im Straßenverkehr, insgesamt werden mehr als 600 Unfälle verursacht, weil LKW-Fahrer Radler oder Fußgänger beim Abbiegen übersehen. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer hat deshalb die „Aktion Abbiegeassistent“ ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, die Einführung solcher Assistenten zu beschleunigen.

Gemeinsam mit Unternehmen, Logistik, Herstellern, Prüforganisationen, Verbänden, Autofahrer- und Radfahrerclubs sowie Vertretern der Polizei fand bereits das erste Treffen im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) statt. Unternehmen wie Edeka, Aldi, Lidl sowie verschiedene Logistikunternehmen sind bereits offizielle Sicherheitspartner der BMVI-Aktion Abbiegeassistent und haben sich damit verpflichtet, vor dem verbindlichen Einführungsdatum auf EU-Ebene ihren Fuhrpark mit Abbiegeassistenten nachzurüsten bzw. ausschließlich Neufahrzeuge mit Abbiegeassistenten anzuschaffen.

Auch die Stadt Ingolstadt sollte als „fahrradfreundliche Kommune“ ganz besonders darauf achten, dass Radler – und natürlich auch Fußgänger – auf den Straßen sicher an ihr Ziel kommen. Dazu tragen Abbiegeassistenten in LKWs und Bussen ganz wesentlich bei, denn sie können die oft tödlichen Unfälle verhindern, die geschehen, wenn sich ein Fußgänger oder Radler im toten Winkel des abbiegenden Fahrzeugs befindet und damit für den Fahrer unsichtbar wird. Daher halten es die Antragssteller für unbedingt erforderlich, dass alle städtischen Busse und LKWs umgehend mit einem elektronischen Abbiegeassistenten ausgestattet werden.

Beschluss:

Stadtrat vom 26.07.2018

Der Antrag wird weiter behandelt. Vom zuständigen Referat ist eine Vorlage zu erstellen.